



Reformen statt Kahlschlag:

Norder Appell der ostfriesischen Landkreise, Städte und Gemeinden

1. Die ostfriesischen Landkreise, Städte und Gemeinden befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik. Wir sind empört darüber, wie wir in dieser Situation von Bund und Ländern hingehalten und getröstet werden. Damit muss endlich Schluss sein!
2. Wir fordern die Entscheidungsträger auf, nach Jahren der Untätigkeit und der Missachtung kommunaler Interessen für eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzlage zu sorgen. Wir brauchen zum 1. Januar 2004 eine gestärkte und versteifte Gewerbesteuer und wirksame Entlastungen bei den Ausgaben.
3. Deutlicher denn je zeigt sich: Die Landkreise, Städte und Gemeinden sind recht- und schutzlos gegenüber der Politik der Länder und des Bundes. Dies ist mit dem Aufbau unseres demokratischen Staates und dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht vereinbar. Es wird ignoriert, dass es sich bei der Gemeindefinanzreform um eine historische Weichenstellung für die Demokratie vor Ort handelt.
4. Die ostfriesischen Kommunen beklagen seit langem, dass sie ihre Aufgaben für die Bevölkerung, für Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr angemessen wahrnehmen können. Wir sind enttäuscht, ja verbittert, dass der Kanzler sein Versprechen, dies bis zum Ende des Jahres zu ändern, nicht erkennbar einhalten wird. Auch die Länder nehmen ihre Verantwortung für die Kommunen nicht wahr. Wenn es bis zum 1. Januar 2004 keine nachhaltige Verbesserung der Finanzen der Landkreise, Städte und Gemeinden geben wird, tragen Bund und die Länder die volle politische Verantwortung
 - für massive Einschnitte in die öffentlichen Dienstleistungen auf örtlicher Ebene,
 - für einen Investitionsstopp in fast allen Landkreisen, Städten und Gemeinden,
 - für einen fortschreitenden Verfall der Infrastruktur,
 - für die Schließung von Einrichtungen,
 - für die Entlassung von Personal und
 - für die Streichung der freiwilligen Leistungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich.

5. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung schwächt die Gewerbesteuer statt sie zu stärken. Im Verhältnis zum Status Quo würde mit diesem Gesetz eine drastische Verschlechterung für die Kommunen durchgesetzt. Die großen Kapitalgesellschaften müssen sich wieder angemessen an der Finanzierung städtischer Aufgaben beteiligen. Sie dürfen nicht noch zusätzlich um weitere 3 Mrd. Euro bei der Gewerbesteuer entlastet werden. Die Kommunen lehnen den Vorschlag der Bundesregierung aufschärfste ab. Er darf nicht Gesetz werden.
6. Die kommunalen Dienstleistungen dürfen nicht länger darunter leiden, dass sich Bund und Länder nicht auf Lösungen zur Verbesserung der kommunalen Leistungsfähigkeit einigen können. Halbherzige Übergangslösungen sind kein Ersatz für die notwendigen Reformen. Sofort wirksame Finanzhilfen in Ergänzung der Reformbemühungen dagegen sind längst überfällig.
7. Die ostfriesischen Landkreise, Städte und Gemeinden fordern, von Sozialausgaben in Milliardenhöhe entlastet zu werden. Das hat die Bundesregierung versprochen. Die Aufgabenträgerschaft und Finanzverantwortung des Bundes für die zusammengeführte Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist für eine solche Entlastung unverzichtbar. Sie darf aber nicht dazu genutzt werden, dass der Bund ausschließlich sich selbst statt die Kommunen entlastet. Eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit wäre eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse zum Schaden der Arbeitslosen und der Kommunen. Die Städte und Gemeinden lehnen eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit entschieden ab.
8. Die ostfriesischen Kommunen, Vereine und Verbände appellieren an die Organisationen und Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden zusammenarbeiten und auch auf kommunale Leistungen und Einrichtungen angewiesen sind, eine wirkungsvolle Reform der Gemeindefinanzen zu unterstützen und mitzuhelfen, gegenüber Bund und Ländern die Bedeutung sicherer Kommunalfinanzen für die Bürgerinnen und Bürger zu verdeutlichen.
9. Die Landkreise, Städte und Gemeinden Ostfrieslands ermutigen die zahlreichen Politikerinnen und Politiker in Bund und Ländern, in Regierung und Opposition, die sich für die notwendige Abwendung der verheerenden Finanzkrise der Kommunen einsetzen, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.
10. Die ostfriesischen Kommunen sind bereit, die ihnen im Rahmen des Grundgesetzes übertragenen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Vor Ort sind die Bedürfnisse der Menschen am besten bekannt und ihnen kann hier am schnellsten entsprochen werden. Die Gemeindefinanzreform hat uns die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dies darf nicht mit Hinweis auf die allgemeinen Sparzwänge unterbleiben.

Podiumsdiskussion „Gemeindefinanzreform“, Veranstalter: Stadt Norden,
am 01. Oktober 2003 in Norden-Norddeich, Haus des Gastes